

Erstes Jahr Oberbürgermeister Dr. Geißler

Als Anfang 2022 der damalige Landauer Oberbürgermeister Thomas Hirsch seinen Wechsel von der Verwaltungsspitze zum Sparkassenverband publik machte, war große Ratlosigkeit der Landauer CDU zu vernehmen.

Das Feld an potentiellen Kandidaten für den OB-Sessel war rar gesät. Kurz darauf präsentierte die Landauer CDU einen Kandidaten, den so wohl niemand auf dem Zettel hatte: Dr. Dominik Geißler, vormaliger Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium und Sohn des bis zu seinem Tod in Gleisweiler sesshaften ehemaligen Bundesministers und des Generalsekretärs der CDU Heiner Geißler. Die Erwartungen waren groß und Dr. Geißler gewann dann auch die Wahl zum Landauer Oberbürgermeister.

War Alt-OB Hirsch mit seinem wenig bürgernahen Politikstil in die Kritik geraten, zog mit Dr. Geißler ein anderer Wind in die Verwaltung ein. Die Öffentlichkeit wurde augenscheinlich etwas mehr in kommunale Entscheidungsprozesse einbezogen. In dieselbe Richtung ging die Initiative des "Bunten Schreibtischs", bei dem der OB seinen Schreibtisch temporär für wenige Stunden symbolisch auf den Marktplatz verlegt und für die BürgerInnen ansprechbar ist.

Weiterhin in Erscheinung getreten ist Dr. Geißler durch seine eindeutige Positionierung gegenüber der freikirchlichen Er-lebt Gemeinde aufgrund deren teils homophoben Positionen und durch die Thematisierung des Problems des Immobilienlehrstands.

Doch wie so oft trägt der Schein: Im November 2023 wurde erst auf Nachfrage publik, dass die Stadtspitze, ohne die Öffentlichkeit zu informieren, für den Haushalt 2024 kurzerhand 13 neue dem Bürgermeister und der Hauptamtlichen Beigeordneten zugeordnete Stellen eingeplant hatte. Dr. Geißlers Einsatz gegen Leerstände in der Landauer Innenstadt ging auch nur soweit, bis erste kleinere Widerstände auftauchten.



OB Dr. Geißler am 09.11.2023 in Landau

Insgesamt kann vermutet werden, dass mit OB Dr. Geißler ein etwas angenehmerer Politikstil ins Landauer Rathaus eingezogen ist. Allerdings ist auch bei Geißler nicht zu erkennen, dass er für eine soziale Politik in Landau einsteht.

Wie sich schon bei der "Beerdigung" des Sozialtickets gezeigt hat (siehe Rote Rebe 02/2023).

DKP-Liste zur EU-Wahl 2024

Anfang November hat die DKP-Bundesmitgliederversammlung die Liste von 43 Kandidatinnen und Kandidaten zur EU-Wahl beschlossen. Angeführt wird die Liste von Patrik Köbele, dem Vorsitzenden der DKP, gefolgt von Andrea Hornung, der Vorsitzenden der SDAJ. Auf den Plätzen drei und vier folgen Manaf Saleh mit palästinensischen Wurzeln und Shabnam Shariatpanahi, die im Iran geboren ist.



Patrik Köbele

Andrea Hornung

Programmatische Grundlage der Kandidatur ist der Beschluss des DKP-Parteivorstandes vom 23. September 2023:

„Wir brauchen eine alternative Kandidatur gegen Wirtschaftskrieg, Sozialabbau und Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf die Werktätigen.

Eine Stimme gegen Demokratieabbau, Zensur, Repression gegen Gegner der Aufrüstungs- und Kriegspolitik von Ampelregierung und CDU ist unverzichtbar.

Eine Alternative ist nötig, weil die sogenannte Alternative für Deutschland für Rassismus und Nationalismus, NATO-Integration und Aufrüstung der Bundeswehr, für sozialen Kahlschlag steht und damit verhindert, dass Protest wirksam wird.

Die EU nutzt den Banken und Konzernen, darum lehnen wir sie ab. Wir orientieren auf

den gemeinsamen Kampf gegen die „Festung Europa“, für eine Alternative zum Kapitalismus.

Die DKP ist der Meinung, dass alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien diese Inhalte nicht oder nicht mehr vertreten. Die DKP ist der Meinung, dass alle Kräfte, die sich diesen Inhalten anschließen, gemeinsam handeln sollten, heute und morgen und auch bei den EU-Wahlen. Aber das undemokratische Wahlrecht lässt eine gemeinsame Kandidatur von Mitgliedern unterschiedlicher Parteien und Wählergruppen nicht zu. ...“



Manaf Saleh

Shabnam Shariatpanahi

Damit die DKP auf dem Wahlzettel steht, müssen 4000 Unterschriften gesammelt und ihre Gültigkeit durch die zuständigen Kommunalverwaltungen bestätigt werden.

Weitere Informationen und die Formulare für die Unterstützungsunterschriften gibt es bei allen DKP-Mitgliedern und unter <https://www.unsere-zeit.de/unterstuetzt-die-kandidatur-der-dkp-mit-eurer-unterschrift-4786023/>.



Das muss man ja wohl noch sagen dürfen.

„Stoppt den Völkermord! Solidarität mit Palästina“ sollte auf einem Aufkleber stehen. Die Online-Druckerei stornierte den Auftrag – mit Hinweis auf einen möglichen Straftatbestand der Volksverhetzung nach Paragraph 130 Strafgesetzbuch. Die Druckerei nennt das Qualitätskontrolle. Wir nennen es Zensur.

Die Berliner Volksbühne lud den Ex-Labour-Chef Jeremy Corbyn aus, weil er sich „in der Vergangenheit nicht ausreichend von antisemitischen Positionen distanziert“ habe. Auf dem Parteitag von „Die Linke“ erntete ein Delegierter Pfiffe, als er den Völkermord in Gaza als solchen benannte.

Alles nur Nadelstiche und Schwamm drüber? Nein, das ist die fortgeschrittene Formierung der Gesellschaft, die die Regierenden für ihre Kriegsertüchtigung brauchen. Die Formierung wird bereitet und flankiert von nahezu gleichgeschalteten Medien, willfähriger Justiz und losgelassener Polizei.

Die Formierung begann nicht mit dem 7. Oktober und nicht mit dem 24. Februar vergangenen Jahres. Wer das Narrativ vom russischen Angriffskrieg, der zu verurteilen sei, und das der Ukraine als Hort der Demokratie in Frage stellte, war Putin-Versteher und Querfrontler. Wer den Krieg Israels gegen Gaza kritisiert, ist Antisemit. Alle zusammen sollen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Ihre Fragen und Zweifel an der Erzählung der Herrschenden sollen kein Gehör finden. Ihr Nein zur Politik der NATO-Kriegstreiber schon gar nicht. Für das, was diese Bundesregierung tut – alles für den Krieg, nichts für die Menschen in diesem Land –, braucht sie die geschlossene Heimatfront.

Alle, die mit offenen Augen durch die Welt gehen, können es sehen: Die SPD-geführte Bundesregierung führt Krieg nach innen und außen – die Menschen sollen dafür zahlen, sie sollen hungern und frieren. Ihre Interessen sind dieser Regierung egal. Dagegen müssen wir uns wehren – gemeinsam und solidarisch. Noch ist das möglich.

WIR FORDERN:

- **Wir wollen Frieden mit Russland und China.**
- **Wir wollen warme Wohnungen und Löhne, die zum Leben reichen – und auch noch Kleider und Schuh’.**
- **Wir wollen Frieden für Palästina.**

↳ **Deshalb muss Deutschland raus aus NATO und EU.**

↳ **Deshalb muss diese Regierung weg.**

IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Südpfalz
V.i.S.d.P.: Manfred Brede
Impressum: dkp-rlp.de/kontakt
Auflage: 2.500
Bildnachweis: S.01 Privat + S.02 UZ
Redaktionschluss: 12.12.2023
Erscheinungsweise: Quartal

 dkp-rlp.de/landau

 dkp_landau@riseup.net

 facebook.com/DKP.Landau



UZ **unsere zeit**

SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP



Die UZ ergreift Partei für die demokratischen und sozialen Rechte, gegen Kriegstreiberei und Rechtsentwicklung. Sie ist ein Instrument, um das gegenwärtige Herrschaftssystem, den Imperialismus, zu begreifen und Strategien der Gegenwehr zu entwickeln. Sie informiert über die Diskussionsprozesse in den Gewerkschaften, in demokratischen Bündnissen und in der linken Bewegung. Sie kämpft gegen Militarismus, für Frieden und Abrüstung.

UZ kennenlernen, 6 Wochen KOSTENLOS zur Probe lesen. Abo-Formular auf unsere-zeit.de/abo



POSITION BEZIEHEN!

Die POSITION ist das Magazin der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend): Von Jugendlichen für Jugendliche. Die Mitglieder schreiben, gestalten, verkaufen dieses Magazin. Ihr Ziel: Der Arbeiterjugend eine Stimme geben.

ICH WILL EIN ABO! Kein Problem, lade dir einfach das POSITIONs-Abo-Formular herunter: sdaj.org/position